

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pabr d

Inhalt

Erwin Horn MdB zur Vorlage
der neuen Bundeswehrstruktur:
Wörners Offenbarungseid.
Seite 1

Dr. Brunhilde Peters zur Kon-
ferenz der Gesundheitsmini-
ster zu Strukturreformen im
Gesundheitswesen: SPD-Län-
der lehnen Blüms „Reform“
ab.
Seite 3

Dokumentation:

Die Arbeitsdirektoren in der
deutschen Stahlindustrie ha-
ben zur Situation in diesem
Wirtschaftsbereich eine Stel-
lungnahme verabschiedet.
Wortlaut
Seite 5

43. Jahrgang / 37

24. Februar 1988

Wörners Offenbarungseid

Zur Vorlage der neuen Bundeswehrstruktur

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundes-
tages

Die Vorlage der neuen Bundeswehrstruktur ist ein politischer Offen-
barungseid des Verteidigungsministers.

Seit vier Jahren fordert die SPD eine Strukturreform. Der Vertei-
digungsminister lehnte dies entschieden ab und flüchtete sich in
Einzelmaßnahmen wie die Verlängerung des Grundwehrdienstes
und die Verschärfung der Tauglichkeitskriterien, die sich als untaug-
liches Mittel zur Lösung der anstehenden Probleme erwiesen.

Zum ersten Mal hat sich Herr Wörner mit vierjähriger Verspätung
zur Notwendigkeit einer Strukturreform bekannt.

Das vorgelegte Konzept leidet jedoch an einer entscheidenden
Schwäche: Personalplanung, Rüstungsplanung und Finanzplanung-
werden nicht miteinander zur Deckung gebracht.

Die auch nach diesem Strukturkonzept festgelegte Friedensstärke
von weiterhin 495.000 Soldaten ist nicht einzuhalten. Ab 1995
verringert sich der Anteil der Grundwehrdienstleistenden pro Jahr-
gang fast um die Hälfte.

Auf dem Parteitag in Nürnberg zog die SPD die Konsequenzen aus
dieser Entwicklung. Sie forderte Kaderung, teilweise Entmechani-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Wiedriger Umgang
mit dem Papier
Recycling-Papier



sierung und die Bildung von Sperrverbänden. Im Grundsatz hat Herr Wörner diese Forderung in seinem neuen Strukturkonzept übernommen. Allerdings bleibt die Planung in den Ansätzen stecken.

Wo Konsequenz erforderlich wäre, bleibt der Verteidigungsminister in Halbhelten stecken.

Zusätzliche Probleme zu der sich verändernden demographischen Entwicklung sind absehbar.

In den letzten Jahren reduzierte sich das Offiziersbewerbeaufkommen um 30 Prozent. 35 Prozent der Reservisten folgten nicht der Einberufung zu einer Übung. Außerdem ist die Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigend. Aus all diesen Indikatoren ist ablesbar, daß das Wörnersche Bundeswehrstrukturkonzept schon bei seiner Vorlage überholt ist.

Wunschdenken des Verteidigungsministers ersetzt die sachliche Analyse; konzeptionell ist das Machwerk nicht durchdacht.

Nach dem Bundeswehrplan wären für den Materialbedarf des Heeres 118 Milliarden DM notwendig. In der Bundeswehrplanung ist jedoch nur ein Kostenrahmen von 67 Milliarden DM vorhanden, so daß die Materialinvestition nur für sechs statt für zwölf Divisionen getätigt werden kann.

Dem neuen Strukturkonzept ist keine Finanzplanung zugeordnet. Angesichts der dramatischen Neuverschuldungspolitik dieser Bundesregierung - 1988 eine Nettokreditaufnahme von 45 Milliarden DM und 1989 eine Neuverschuldung von über 50 Milliarden DM - ist diese Bundeswehrplanung völlig unzulänglich.

Diese Regierung geht ohne Rüstungskontrollkonzept und ohne solide Bundeswehrplanung in die 90er Jahre.

(-/24.2.1988/vo-he/rs)

* * *

SPD-Länder lehnen Blüms „Reform“ ab

Zur Konferenz der Gesundheitsminister zu Strukturreformen im Gesundheitswesen

Von Dr. Brunhilde Peters

Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung des Saarlandes

Am 25. Februar 1988 findet in Bonn eine Sonderkonferenz der Gesundheitsminister und -senatoren der Länder zur sogenannten „Strukturreform im Gesundheitswesen“ statt. Auch die Arbeits- und Sozialminister und -senatoren nehmen an dieser Konferenz teil.

In Zeiten, in denen die Aufrechterhaltung eines menschengerechten, leistungswirksamen und bezahlbaren Gesundheitswesens nur durch erhebliche Sparmaßnahmen zu sichern ist, müssen alle, Anbieter, Beteiligte und Betroffene, einen gesundheitspolitisch und volkswirtschaftlich gebotenen Beitrag leisten. Dabei muß sichergestellt werden, daß notwendige Reformen nicht nur auf dem Rücken der Beitragszahler, insbesondere der sozial schwächer gestellten, ausgetragen werden.

Mit der am Donnerstag stattfindenden Konferenz haben die Bundesländer eine nicht vorgesehene Beteiligung an dem von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm angekündigten Gesetzesvorhaben frühzeitig erzwungen, so daß ein Einfluß auf das Gesetz noch möglich wird.

Der bisherige Ablauf hatte vorgesehen, den erst Ende Januar vorgelegten Referentenentwurf bereits im März im Bundeskabinett absegnen zu lassen, ihn noch vor der Sommerpause im Bundestag einzubringen mit dem Ziel, ihn noch in diesem Jahr zu verabschieden. Ein solches Galoppverfahren ist angesichts der geplanten Eingriffe in die Länderhoheit (zum Beispiel im Bereich des Krankenhauswesens) nicht hinnehmbar.

Eine wirkliche Strukturreform im Gesundheitswesen kann sich nicht auf die Blümschen Korrekturen beschränken, wenn man berücksichtigt, daß derzeit jährlich 250 Milliarden DM des Brutto-sozialproduktes (circa zehn Prozent) der Bundesrepublik Deutschland für Gesundheit (davon allein 120 Milliarden von den gesetzlichen Krankenkassen) ausgegeben werden. Angesichts dieser Größenordnung ist eine tiefgreifende und umfassende, echte Strukturreform im bundesdeutschen Gesundheitswesen notwendig. Was Blüm nun vorlegt, ist jedoch nicht mehr als eine Reihe von Einzelmaßnahmen, die vor allem auf Kosten der sozial Schwachen, der Kranken und der Behinderten geht, die unter dem Stichwort der Eigenverantwortung wieder einmal mehrfach zur Kasse gebeten werden. Während Leistungsanbieter im Gesundheitswesen (Pharma-Industrie, Krankenhäuser, Ärzte) weitestgehend ungeschoren blieben.

Blüm gibt zwar an

- bei den Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen 14,5 Milliarden DM einzusparen,
- die eine Hälfte dieses Betrages zur Senkung der Krankenkassenbeiträge zu verwenden,
- die andere Hälfte zur Absicherung der häuslichen Pflege zu verwenden,
- noch fehlende Finanzmittel durch einen freiwilligen Beitrag der Pharma-Industrie (1,7 Milliarden DM) abdecken zu wollen.

Die Pharma-Industrie will jedoch von diesem Beitrag offensichtlich nichts wissen. Ungenannt bei dieser Absichtserklärung bleibt auch meistens die Tatsache, daß die beabsichtigte Einsparung von 14,5 Milliarden DM durch den Abbau von Leistungen der Krankenkassen erzielt werden soll, der ausschließlich auf Kosten der Beitragszahler geht.

Unter anderem sind folgende Leistungskürzungen geplant:

- Wegfall des Sterbegeldes,
- Strechung der Zuschüsse bei Badekuren,
- Wegfall von Fahrtkostenerstattungen bei Fahrten zum Arzt und zum Krankenhaus,
- Einschnitte bei Heil- und Hilfsmitteln,
- Erhöhung der Selbstbeteiligung beim Zahnersatz und bei Arzneimitteln.

Hiermit ist eine immens hohe Zahl von sozialen Härtefällen, vor allem bei Personen mit geringerem Einkommen und bei Rentnerinnen und Rentnern, vorprogrammiert.

Zu einer Strukturreform des Gesundheitswesens gehört vor allem eine umfassende Neuorganisation der Krankenkassen mit dem Ziel, das Problem der Beitragsunterschiede zu lösen (derzeit Schwankungen zwischen 7,5 Prozent und 18 Prozent) und damit einen ständigen Prozeß der Entsolidarisierung zu stoppen. Ein bundesweit anzustrebender, möglichst stabiler Beitragssatz ist unter anderem über einen regional gegliederten, auf Risikoausgleich bezogenen Finanzausgleich zu erreichen. Dieses Problem ist bei der Blümschen Strukturreform fast gänzlich ausgespart.

Für eine sozial gerechte Strukturreform sei darüber hinaus eine spürbare Beteiligung aller Leistungsanbieter im Gesundheitswesen unverzichtbarer Bestandteil. Hierzu gehören darüber hinaus

- eine Positivliste für Arzneimittel,
- die stärkere Berücksichtigung der Prävention im Gesundheitswesen,
- Altersbegrenzung für die Zulassung von Kassenärzten,
- Verzicht auf die Einführung der AIP-Regelung (die im übrigen auch von der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen sehr kritisch beurteilt wird),
- Absicherung des Lebensrisikos Pflegefall solidarisch außerhalb der Krankenversicherung.

Sicher ist bei der Absicherung des Pflegefallrisikos eine endgültige Finanzierung nicht von heute auf morgen vorzulegen. Eine echte Strukturreform muß aber zumindest den glaubhaften Einstieg in eine stufenweise Lösung des Problems leisten.

Aus den vorher genannten Gründen müssen die SPD-regierten Bundesländer eine Detailberatung des Blümschen Referentenentwurfs schon aufgrund der gravierenden Fehler und Unzulänglichkeiten, die dieser bereits im Ansatz aufweist, ablehnen. Die SPD-regierten Bundesländer werden daher ihre Haltung in einem eigenen Leit Antrag in die Konferenz einbringen.

Das Saarland wird darüber hinaus einen weiteren Antrag einbringen, der das Ziel hat, daß bei einem weiteren Gesetzgebungsverfahren zumindest auch die Ergebnisse der Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, die noch in diesem Jahr vorliegen sollen, miteinbezogen werden. Darüber hinaus fordert der Saar-Antrag, daß die in einzelnen Punkten deutliche Kritik des Sachverständigenrates der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen ebenfalls mit in die Beratungen einbezogen wird.

(-/24.2.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Arbeitsdirektoren im Stahlbereich: Soziale Katastrophe verhindern

Die Arbeitsdirektoren in der deutschen Stahlindustrie haben zur Situation in diesem Wirtschaftsbereich folgende Stellungnahme verabschiedet.

1. Die deutschen Stahlunternehmen - Unternehmer, Betriebsräte und Belegschaften - haben bisher große Anstrengungen unternommen, den unvermeidlichen Umstrukturierungsprozeß nicht zu einer wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe werden zu lassen. Dies verdeutlichen die nachfolgenden Zahlen:
 - Von 1975 bis heute wurde die Zahl der Hochöfen von 85 auf 46 abgebaut. Siemens-Martin-Öfen und Thomaskonverter sind vollständig verschwunden, die Zahl der Elektroöfen ging von 156 auf 92 zurück.
 - Gleichzeitig wurde mit der Stranggießtechnik ein erheblicher Rationalisierungsprozeß in Gang gesetzt, 90 Prozent des Rohstahls wird über den Strang vergossen.
 - Annähernd 20 Millionen Tonnen Walzstahlkapazität sind aufgegeben worden.
 - 1974 arbeiteten in der Stahlindustrie 274.000 Mitarbeiter, Ende 1987 waren es nur noch 154.000; weitere 36.000 Arbeitsplätze gehen verloren. Die Sozialpläne haben dazu beigetragen, den Verlust von Arbeit nicht auch noch zu einer Bedrohung der sozialen Existenz unserer Mitarbeiter werden zu lassen.
2. Alle Anstrengungen unserer Industrie, die Umstrukturierung ohne soziale Einbrüche weiterzuführen, werden durch die jüngste Entwicklung in Frage gestellt.

Dies ist nicht die Folge unzureichender Bemühungen der Verantwortlichen in den Unternehmen. Vielmehr wird immer deutlicher, daß es die unfairen Wettbewerbsbedingungen sind, die der Stahlindustrie und ihren Belegschaften das Überleben erschweren. Es ist daher die wichtigste Aufgabe der Bundesregierung, die Interessen der Stahlindustrie und ihrer Belegschaften in Brüssel wirksamer zur Geltung zu bringen.

Es ist anzuerkennen, daß die Regierungen für die Jahre 1983 bis 1985 wie auch jetzt für 1988/89 finanzielle Hilfe beschlossen haben. Im Verhältnis zu den riesigen Subventionen in unseren westlichen Nachbarländern reichen diese Stützungsmaßnahmen als wirksame Hilfen zur Umstrukturierung nicht aus. Die deutsche Stahlindustrie hat sich im Verhältnis zu den empfangenen Subventionen härtere Stilllegungsbedingungen auferlegen müssen als ihre EG-Wettbewerber. Die Krise spitzt sich erneut dramatisch zu.

3. In dieser schicksalhaften Situation fühlen sich die für die Personalpolitik in den Stahlunternehmen verantwortlichen Arbeitsdirektoren verpflichtet, insbesondere an die politischen Mandatsträger den dringenden Appell zu richten, die Interessen der deutschen Stahlindustrie nachhaltiger zu vertreten.
4. Die deutsche Stahlindustrie ist technisch und wirtschaftlich hochleistungsfähig und verfügt über hervorragende Fachkräfte. Wird der Kapazitätsabbau im Verhältnis zu den übrigen EG-Produzenten in der deutschen Stahlindustrie noch weiter forciert, beschleunigt sich zwangsläufig der Importanteil über die jetzt schon vorhandenen 40 Prozent hinaus. Die stahlverarbeitende Industrie, in der 3,8 Millionen Beschäftigte arbeiten, gerät damit immer mehr in die Abhängigkeit von Importen. Eine eigene Stahlbasis ist aber auch für die Metaliverarbeitung in der Bundesrepublik lebenswichtig.

Die Unternehmen können sich ihrerseits wirksamer helfen durch eine unternehmensübergreifende Zusammenarbeit, die die Internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

Auch die Stahlunternehmen tragen Verantwortung für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, wobei auch Bundesregierung und Landesregierungen mit ihrer Strukturpolitik den Rahmen setzen müssen. Für Ansiedlung und Ausbau ist neuen Unternehmen Hilfe zu leisten, indem ihnen Flächen und technisches Wissen zur Verfügung gestellt werden.

5. Unser Appell richtet sich insbesondere an die Bundesregierung, von der wir erwarten, daß sie die Interessen der Stahlindustrie stärker gegenüber Brüssel vertritt.

- Solange die gegenwärtige Subventionspraxis nachwirkt oder gar fortgesetzt wird, muß auf die Kommission und den Ministerrat eingewirkt werden, die verhängnisvollen Liberalisierungsabsichten aufzugeben. Es ist vielmehr notwendig, daß die EG-Kommission den Antikrisenplan fortsetzt, auf dessen Einhaltung strikt achtet und die sozialen Flankierungsmaßnahmen intensiviert.
- Die Kurzfristigkeit von Quotenregelungen erschwert die notwendige Umstrukturierung von Produkten und Absatz.
- Die EG-Kommission muß für fairen Außenschutz gegen subventionierte Drittlandseinfuhren sorgen.
- Die EG-Kommission muß ihre Pflicht zur Wahrung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen wahrnehmen, bis hin zur Bemühung des Europäischen Gerichtshofes.
- Bei der regionalen Wirtschaftsförderung sollten die Bundesregierung und Landesregierungen stärker das Element der vorhersehbaren Arbeitsplatzverluste berücksichtigen, um die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bereits vor Rückzug aus übersetzten Märkten zu ermöglichen.

Nur wenn erreicht ist, daß sich die deutsche Stahlindustrie mit einem subventionsfreien Wettbewerb auseinandersetzen kann, halten die Arbeitsdirektoren die Liberalisierung der Stahlmärkte für vertretbar. Die gegenwärtigen ungleichen Voraussetzungen im Wettbewerb gehen zu Lasten der Stahlarbeitsplätze in der Bundesrepublik.

6. Die Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen Betagschaften und Unternehmensleitungen hat zugenommen. Die Beispiele von Hettingen, Rheinhausen und Sulzbach-Rosenberg sowie die große Resonanz dieser Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit zeigen, daß die bisherige europäische Stahlpolitik nicht einfach fortgesetzt werden darf.

In diesem Zusammenhang und unter den genannten Voraussetzungen muß die Schaffung neuer Arbeitsplätze außerhalb der Stahlindustrie einen noch größeren Stellenwert erhalten.

Die Aufgabe der Arbeitsdirektoren, in dem eskalierenden Spannungsverhältnis zu sozialverträglichen Lösungen beizutragen, wird zunehmend erschwert. Die Lösung der Probleme ist nur möglich, wenn die Politik maßgebend hilft, die Rahmendaten für wirtschaftliches und soziales Handeln in Ordnung zu bringen.

Die Arbeitsdirektoren der deutschen Stahlindustrie

(-/24.2.1988/va-ha/rs)

* * *